



Ausschuß für Innere Verwaltung

36. Sitzung (nicht öffentlich)

14. Mai 1998

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 16.00 Uhr

Vorsitzender: Jürgen Jentsch (SPD) (stellv.)

Stenographin: Heike Niemeyer

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

Vor Eintritt in die Tagesordnung

1

hier: "Bericht von Teilnehmern einer Delegationsreise in die Türkei" in einer der nächsten Ausschusssitzungen

Zwischen der CDU-Fraktion und den Regierungsfractionen besteht keine Einigkeit darüber, ob - auch unter geschäftsordnungsmäßigen Gesichtspunkten - ein solcher Bericht außerhalb einer formellen Anhörung oder eines formellen Sachverständigengesprächs in einer Ausschusssitzung entgegengenommen werden kann. - Der heute als Stellvertreter fungierende Vorsitzende Jürgen Jentsch kündigt an, er werde dem ordentlichen Vorsitzenden Klaus Stallmann den Sachverhalt schildern, um dann zu einer Entscheidung zu gelangen.

1 **Aktuelle Viertelstunde**

2

hier: **Korruptionsvorwürfe gegen Beamte des Polizeipräsidenten Recklinghausen**

(Bitte der CDU-Fraktion um einen Bericht)

- Bericht des Staatssekretärs
- kurze zusätzliche Erläuterung

2 **13. Tätigkeitsbericht der Landesbeauftragten für den Datenschutz Nordrhein-Westfalen für die Zeit vom 1. Januar 1995 bis zum 31. Dezember 1996**

3

Vorlage 12/1306

in Verbindung damit

Stellungnahme der Landesregierung zum 13. Tätigkeitsbericht der Landesbeauftragten für den Datenschutz Nordrhein-Westfalen für die Zeit vom 1. Januar 1995 bis zum 31. Dezember 1996

Vorlage 12/2039

sowie

5. Bericht der Landesregierung über die Tätigkeit der für den Datenschutz im nicht-öffentlichen Bereich zuständigen Aufsichtsbehörden für die Zeit vom 1. Januar 1995 bis zum 31. Dezember 1996

Vorlage 12/2040

- Bericht der Landesbeauftragten für den Datenschutz
- ausführliche Diskussion mit den Schwerpunkten "Übermittlung von Daten an gemeinnützige Träger", "Verwendung von Paketmarken bei Sendungen an Gefangene", "Stand der Umsetzung der EU-Datenschutzrichtlinie", "Überarbeitung der Richtlinien für die Führung Kriminalpolizeilicher personenbezogener Sammlungen", "Zuständigkeit der Landesbeauftragten für den Datenschutz", "Abgabenordnung" und "eingeschränkte Auskunftspflicht des Sozialamtes gegenüber der Polizei"

Der Ausschuß nimmt den Bericht zur Kenntnis.

- 3 **Gesetz zur Neufassung des Landesreisekostengesetzes, zur Änderung des Landesumzugskostengesetzes, zur Änderung des Ausschußmitgliederentschädigungsgesetzes und zur Überlassung von Parkflächen bei Landesbehörden** 12

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/2960

Vorlagen 12/1105, 12/2009 und 12/2042
Zuschriften 12/1758

Da der Ausschuß sich nur in sehr geringem Maße tangiert sieht, will er die Beratung dem federführenden Ausschuß und dem weiteren mitberatenden Ausschuß überlassen und nimmt nicht Stellung.

- 4 **Entwurf eines Siebten Gesetzes zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes (Siebtes Landesbesoldungsänderungsgesetz - 7. ÄndLBesG)** 12

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/2928

Der Ausschuß verzichtet auf eine Stellungnahme.

- 5 **Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen** 12

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 12/2484

Zuschriften 12/1745, 12/1775, 12/1786, 12/1787, 12/1790, 12/1791, 12/1808 und 12/1817

- kurze Diskussion

Der Ausschuß lehnt den Gesetzentwurf mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU-Fraktion ab. Zum Berichterstatter wird der Abgeordnete Paus von der CDU-Fraktion bestimmt.

- 6 Änderung der Beflaggungsverordnung vom 29. November 1984 (GV.NW.S. 742), geändert durch Verordnung vom 7. März 1991 (GV NW. S. 194) - SGV. NW. 113 -**

14

Vorlage 12/2020

- kurze Diskussion

Der Ausschuß stellt das Einvernehmen her.

- 7 Kinder- und Jugendkriminalität
- Herausforderung für Staat und Gesellschaft**

15

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 12/3003

- kurze Diskussion

Der Vorsitzende wird dem federführenden Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie mitteilen, daß der Innenausschuß in die Vorbereitung der Anhörung einbezogen zu werden wünscht.

- 8 Erste Bilanz und bisherige Erfahrungen mit dem 3-Säulen-Modell im Bereich der Polizei (s. Anlage 2)**

17

Das Thema soll in der nächsten Sitzung noch einmal behandelt werden. Der Innenminister wird gebeten, bis spätestens 14 Tage vor dieser Sitzung einen schriftlichen Bericht dazu unter Be-

rücksichtigung folgender Schwerpunkte vorzulegen:
"Kienbaum-Gutachten", "Drei-Säulen-Modell", "einzelne Maßnahmen einschließlich der Beförderungen" und "aktuelle Probleme insbesondere in bezug auf die Beförderungschancen in den einzelnen Säulen".

- 9 **Stand der Umsetzung 2. Teil der Dienstrechtsreform (s. Anlage 2)** 17

Die Diskussion wird vertagt.

- 10 **Stand der Umstrukturierung der Hubschrauberstaffel des Landes NRW** 18
(s. Anlage 2)

- Bericht des Staatssekretärs

- 11 **Auswirkungen der Sparmaßnahmen auf die tägliche Arbeit der Polizeibehörden in NRW** 19

- Bericht des Staatssekretärs

- 12 **Kirchenasyl** 21

In Anbetracht der Aktuellen Stunde in der Plenarsitzung am 8. Mai 1998 beschränkt sich der Innenausschuß auf die Entgegennahme von Einzelangaben zum Kirchenasyl.

13	Frauen- und Mädchenhandel in NRW	22
----	-----------------------------------------	----

- **Stellungnahme eines Mitarbeiters des Innenministeriums**

14	Verschiedenes	24
----	----------------------	----

a) Ausschlußreise nach Brandenburg

(siehe Diskussionsteil)

	b) Berichtsansforderungen für die nächste Ausschußsitzung	24
--	------------------------------------------------------------------	----

Zur für den **10. Juni 1998** in Aussicht genommenen **nächsten Sitzung** bittet **Roland Appel (GRÜNE)** die Landesregierung um Berichte über folgende Punkte:

1. Aktuelle Lage in der Türkei anlässlich des Mordanschlags auf den Vorsitzenden des IHD-Menschenrechtsvereins;
2. Ermittlungsergebnisse des Kölner Regierungspräsidenten in Sachen des V-Mannes Korsürembas
3. Polizeieinsatz des PP Bielefeld anlässlich einer Demonstration am 15. April 1998 (sog. "Kinderkessel").

3 Gesetz zur Neufassung des Landesreisekostengesetzes, zur Änderung des Landesumzugskostengesetzes, zur Änderung des Ausschußmitglieder-Entscheidungsgesetzes und zur Überlassung von Parkflächen bei Landesbehörden

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/2960

Vorlagen 12/1105, 12/2009 und 12/2042

Zuschriften 12/1758

Da der Ausschuß sich nur in sehr geringem Maße tangiert sieht, will er die Beratung dem federführenden Ausschuß und dem weiteren mitberatenden Ausschuß überlassen und nimmt nicht Stellung.

4 Entwurf eines Siebten Gesetzes zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes (Siebtes Landesbesoldungsänderungsgesetz - 7. ÄndLBesG)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/2928

Der Ausschuß verzichtet auf eine Stellungnahme.

5 Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU

Drucksache 12/2484

Zuschriften 12/1745, 12/1775, 12/1786, 12/1787, 12/1790, 12/1791, 12/1808 und 12/1817

Die CDU-Fraktion hält nach den Worten ihres Sprechers **Heinz Paus** ihren Gesetzentwurf auch nach der Anhörung aufrecht und fühlt sich durch die dort vorgetragenen eindeutigen Meinungen bestärkt.

Denn erstens habe sich gezeigt, daß vielfach Regelungen zur öffentlichen Ordnung in den Kommunen überhaupt nicht existierten, daß sie, wenn vorhanden, von Gemeinde zu Gemeinde ganz unterschiedlichen Inhalts seien oder aber letztendlich nicht selten völlig überaltert.

Zweitens habe die Landesregierung mit der damaligen Herausnahme des Begriffs der öffentlichen Ordnung aus dem Polizeigesetz ein falsches Signal in Richtung Polizei gegeben, nämlich sich nur mit der schweren Kriminalität zu beschäftigen und bei Verstößen gegen die öffentli-



Roland Appel, MdL
Fraktionssprecher
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Landtag NRW
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
Telefon 0211/884-2699/-2175
Telefax 0211/884-3507

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

An den
Vorsitzenden des
Ausschusses für Innere Verwaltung
Herrn
Klaus Stallmann MdL

- im Hause -

1. Fax an JM (Scheubelberg)
2. D an Mitglieder im RIV
+ Referenten + Skrup. Dienst.
3. Wv (Einladung)

27. April 1998

28.4.98

Sehr geehrter Herr Stallmann,

der Innenausschuß hatte in seiner Sitzung vom 22.01.1998 beschlossen, gemeinsam mit einer Delegation des Innenministeriums in die Türkei zu reisen, um sich dort selbst ein Bild von der Menschenrechtssituation, insbesondere für den kurdischen Teil der Bevölkerung, zu machen. Da diese Reise von Seiten der Türkei abgesagt worden ist, die problematische Situation für Kurden in der Türkei jedoch noch fortbesteht, schlage ich vor, daß die nordrhein - westfälischen Teilnehmer der Delegation, die im letzten Jahr die Türkei bereist hat, in der nächsten Sitzung des Innenausschusses am 14.05.98 über ihre Reise berichten.

Ich bitte Sie, zu dieser Sitzung Herrn Dr. Herbert Schnoor, ehemaliger Innenminister des Landes Nordrhein - Westfalen, Herrn Jörn - Erik Gutheil, Landeskirchenrat der evangelischen Kirche im Rheinland und Herrn Heiko Kauffmann, Sprecher von PRO ASYL einzuladen und folgenden Tagesordnungspunkt in die Tagesordnung aufzunehmen:

Bericht von Teilnehmern der Delegationsreise in die Türkei vom 17.04. - 20.04.1998 über ihre Reise und die dort gemachten Beobachtungen hinsichtlich der Menschenrechtslage in der Türkei

Mit freundlichen Grüßen

Roland Appel
Fraktionssprecher

Hinweis: Der Vorsitzende des Ausschusses für Innere Verwaltung schlägt vor, den Ersatztermin, Mittwoch 10. Juni 1998, als ordentlichen Sitzungstag festzulegen und dann die erbetenen Berichte entgegenzunehmen.





Landtag Nordrhein-Westfalen

Heinz Paus MdL

Justitiar und
Innenpolitischer Sprecher
der CDU-Landtagsfraktion

Landtag NRW Herr Paus MdL Postfach 10 11 43 40002 Düsseldorf

Herrn
Klaus Stallmann MdL
Vorsitzender des Ausschusses für
Innere Verwaltung des Landtags NRW

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Tel. (02 11) 88 4 - 2735/2267
Fax (02 11) 88 4 - 3309

21. April 1998

Im Hause

Sehr geehrter Herr Kollege,

namens der CDU-Fraktion beantrage ich für die übernächste Sitzung des Ausschusses für Innere Verwaltung die Aufnahme folgender ordentlicher Tagesordnungspunkte:

1. **Erste Bilanz und bisherige Erfahrungen mit dem 3-Säulen-Modell**
- Bericht des Innenministers -
2. **Stand der Umsetzung 2. Teil der Dienstrechtsreform**
- Bericht der Landesregierung - (wie aus einer Presseerklärung des Innenministers zu entnehmen ist, liegt jetzt ein Referentenentwurf vor)
3. **Stand der Umstrukturierung der Hubschrauberstaffel des Landes NRW**
(u.a. Ausstattung mit "normalen Flugzeugen")
- Bericht des Innenministers -

Mit freundlichem Gruß

HP
Heinz Paus

Anlage 3 zu Apr 12/875



Landtag Nordrhein-Westfalen

Heinz Paus MdL

Landtag NRW Paus MdL Postfach 10 11 43 40002 Düsseldorf

An den
Vorsitzenden des Innenausschusses
im Landtag NRW
Herrn Klaus Stallmann MdL
Haus des Landtages
40221 Düsseldorf

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
Tel. (02 11) 88 4 - 2735 (Tel.Box)
- 2909

Wahlkreisbüro
Emilienstr. 12
32756 Detmold
Tel. u. Fax: 05231/31464
mo.-fr. 8.00 - 12.30 Uhr

Privatanschrift
Uferstr. 13
32760 Detmold
05231/570901

23.4.1998

Sehr geehrter Herr Kollege Stallmann,

ich bitte Sie namens der CDU-Landtagsfraktion, für die nächste Sitzung des Innenausschusses folgenden Tagesordnungspunkt vorzusehen:

**Auswirkungen der Sparmaßnahmen auf die tägliche
Arbeit der Polizeibehörden in NRW.**

Die Einsparungen, die im Bereich der sächlichen Ausstattung der Polizei durch den Haushalt 1998 und vor allem durch die auch im Innenministerium zu erwirtschaftende globale Minderausgabe bedingt sind, wirken sich in den Kreispolizeibehörden nach den uns vorliegenden Informationen erheblich aus. So ist zu hören, daß massive Einsparungen z.B. beim Einsatz der Dienstkraftfahrzeuge angeordnet werden.

Aus einer lippischen Polizeiinspektion ist zu hören, daß Kraftfahrzeuge vorübergehend stillgelegt werden sollen und regelmäßige Streifenfahrten in von der Dienststelle entfernter gelegene Orte nicht oder nur noch sehr eingeschränkt stattfinden sollen. Es sollen in diesen Bereichen nur noch einsatzbezogene Fahrten stattfinden.

Die CDU-Fraktion hat bereits in der parlamentarischen Beratung zum Haushalt 1998 ihre Sorgen bezüglich der Einsparungen zum Ausdruck gebracht. Gerade das Konzept der "Ordnungspartnerschaften" aber auch die von der Landesregierung propagierte Neuorganisation in den Kreispolizeibehörden setzt eine verstärkte Präsenz der Polizei gerade in der Fläche voraus. Sie ist ein wichtiger Teil der Präventionsarbeit.

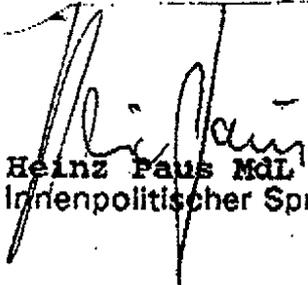
Durch die oben beschriebenen Auswirkungen der Einsparungen werden die Bemühungen um eine verbesserte Präsenz konterkariert. Das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung, das sich auch in der sichtbaren Präsenz der Polizei in der Fläche orientiert, wird nachhaltig beeinträchtigt.

Anlage 3 zu Apr 12/875

- 2 -

Wir erwarten deshalb für die Innenausschußsitzung einen umfassenden Bericht des Innenministers dazu, wie die globale Minderausgabe im Bereich der Polizei für den Haushalt 1998 derzeit erwirtschaftet wird und welche konkreten Auswirkungen die Sparmaßnahmen für die Präsenz und die Effektivität der polizeilichen Arbeit in unserem Lande haben.

Mit freundlichem Gruß
Ihr



Heinz Paus MdL
Innenpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion



Heinz Paus MdL

Landtag NRW Paus MdL Postfach 10 11 43 40002 Düsseldorf

An den
Vorsitzenden des Innenausschusses
im NRW-Landtag
Herrn Klaus Stallmann MdL
Haus des Landtages

40221 Düsseldorf

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
Tel. (02 11) 88 4 - 2735(Tel.Box)
- 2909

Wahlkreisbüro
Emilienstr. 12
32756 Detmold
Tel. u. Fax: 05231/31464
mo.-fr. 8.00 - 12.30 Uhr

Privatanschrift
Uferstr. 13
32760 Detmold
05231/570901

29.4.1998

Sehr geehrter Herr Kollege Stallmann,

für die nächste Sitzung des Innenausschusses beantrage ich einen weiteren Tagesordnungspunkt:

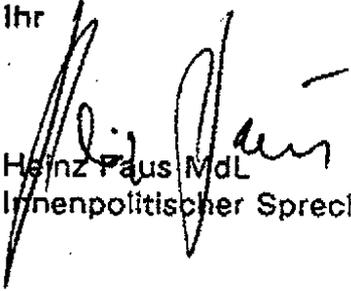
"Kirchenasyl".

In NRW mehren sich anscheinend die Fälle, in denen Kirchengemeinden zur Ausreise verpflichtete Asylbewerber (anscheinend vor allem Kurden) für eine vorübergehende Zeit unterbringen und sie dann, wenn der Zugriff der Ausländerbehörden droht, an andere Kirchengemeinden "weiterzureichen".

Wir erbitten zu dieser Problematik einen Bericht des Innenministers, der sämtliche derzeitigen NRW-bekannte Fälle von Kirchenasyl darstellt und aus dem auch deutlich wird, welche Haltung die Landesregierung zu diesem Phänomen einnimmt und wie sie auf das Kirchenasyl reagiert.

Mit freundlichem Gruß

Ihr


Heinz Paus MdL

Innenpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion



LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN

Wilhelm Droste MdL

An den

Vorsitzenden des Ausschusses

für Innere Verwaltung im Landtag von NRW

Herrn Klaus Stallmann

Platz des Landtags 1, Postfach 10 11 43
40002 Düsseldorf
Telefon (02 11) 8 84 - 21 06 u. 29 05
Telefax (02 11) 8 84 - 33 05

Wahlkreisbüro:

Telefon (0 21 02) 2 73 50

Telefax (0 21 02) 2 11 40

28. April 1998

im Hause

Erweiterung der Tagesordnung für die nächste Sitzung des Innenausschusses um das Thema "Frauen- und Mädchenhandel in NRW"

Sehr geehrter Herr Stallmann,

im Anschluß an die Antwort der Landesregierung auf die große Anfrage der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen zum Thema "Frauen- und Mädchenhandel in NRW" (Drucksache 12/2007), bitte ich Sie namens der CDU-Fraktion, dieses wichtige Thema auf die Tagesordnung für die nächste Sitzung des Innenausschusses zu setzen.

Wie aus der Antwort der Landesregierung auf die vorbezeichnete große Anfrage hervorgeht, muß unser Bundesland mittlerweile als Zentrum des Frauen- und Mädchenhandels in Europa angesehen werden. Dies und der Umstand, daß die Zahl der bekannt gewordenen Fälle rasant ansteigt, unterstreichen das Erfordernis, daß sich auch der Innenausschuß mit dieser Form der Kriminalität eingehend auseinandersetzt. Dabei stellt sich insbesondere die Frage, wie die Verbrechensbekämpfung auf diesem Sektor zukünftig effizienter gestaltet werden kann, beispielsweise durch eine Intensivierung der Zusammenarbeit mit unseren Nachbarländern.

Mit freundlichen Grüßen

(Wilhelm Droste MdL)